

Anarcho-Syndikalismus international

Newsletter des ASN Köln, Nr. 18, Winter 2021/'22

+++ Gewerkschaftsinfos aus aller Welt +++

SLOWAKEI:

Klimastreik und Arbeitskampf

SPANIEN:

Arbeitsmarktreform und Ausbeutung

ÖSTERREICH:

Ausbeutung bei der Wiener Secession

SLOWAKEI:

Lohnzahlung erfolgreich durchgesetzt

KASACHSTAN:

Solidarität mit den Protesten

SUDAN:

Widerstand gegen den Militärputsch

+++ Lokale Berichte +++

KÖLN:

Protest gegen Impfgegner*innen-Demos



SLOWAKEI

Klimastreik und Arbeitskampf

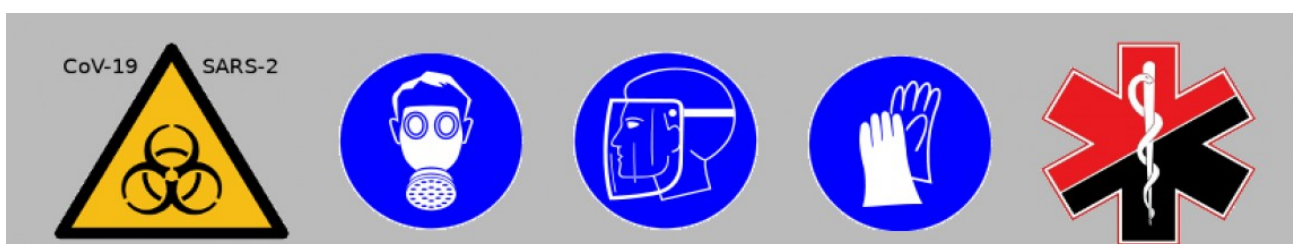
Erklärung der „Priama Akcia“ zum Globalen Klimastreik:

„Als wir 2019 an den Klimastreiks teilnahmen, hätten wir nicht erwartet, dass künftige Proteste von einer Pandemie zum Stillstand gebracht werden würden. Und als die Seuche ausbrach, schien es so, dass der scheinbare Niedergang einiger Branchen den Zustand der Welt zumindest ein bisschen verbessern würde.“

Doch es stellte sich heraus, dass die Lage eigentlich noch schlimmer ist als gedacht. Die letzten beiden Jahre haben gezeigt, dass der nötige Wandel die wirklichen Ursachen der Probleme angehen muss, wenn es noch Hoffnung geben soll. Und zwar mehr als nur oberflächliche Änderungen. Der Kapitalismus und das System staatlicher Entscheidungsfindung muss historisch überwunden werden und wir müssen stattdessen etwas Besseres aufbauen.

Arbeiter*bewegung

Weder Kapitalismus noch Staat haben uns etwas angeboten, um die jetzige und die kommenden Katastrophen abzuwenden oder sie zu bewältigen. Wenn wir einen wirklichen Wandel wollen, kann dies nicht ohne die



sozialen Bewegungen geschehen. Wir brauchen dazu aber nicht nur diejenigen, welche die Klimakrise angehen, sondern wir brauchen eine Veränderung in der gesamten Gesellschaft.

Dabei sind wir der Meinung, dass die Arbeiter*bewegung eine tragende Rolle spielt. Denn diese ist verbunden mit der Arbeit als der Quelle von Reproduktion und Veränderung der ganzen Welt. Die überwiegende Mehrheit von uns wird ihr Leben als Arbeiter*innen verbringen. In dieser Rolle als Arbeitende erschaffen und formen wir die Welt. Und als eine Bewegung haben wir daher den größten Einfluss auf die Entscheidung, was hergestellt wird, aber auch wie und für wen.

Dabei steht uns eine Macht gegenüber, die geleitet wird von Gewinnstreben und Konkurrenz, welche die wirtschaftlichen Interessen eines kleinen Teils der Gesellschaft erfüllt. Gegen eine Macht, welche die gesamte Gesellschaft mit in den Abgrund zerrt.

Darüber hinaus steht die Arbeiter*bewegung angesichts der Klimakatastrophen auch vor grundsätzlichen Herausforderungen. Die schwierigste davon ist offensichtlich eine, welche sie mit anderen Bewegungen gemeinsam hat: Die allgemeine Abneigung der Leute gegenüber einer Organisation zu überwinden.

Keine Zeit für Frust – wir organisieren uns selbst

Das Ausmaß der Katastrophe, die wir erleben, ist riesig und vielfältig. Unsere Antwort darauf mag begrenzt sein, aber sie ist lokal, überregional und international bedeutsam. Voller Solidarität, gegenseitiger Hilfe und Protest, pflanzen wir die Saat für eine neue Gesellschaft durch unsere Aktivitäten, Organisationen und Beziehungen im Allgemeinen.

Unserer Ansicht nach sollten alle Versuche etwas zu verändern in dieser Form geschehen: von der Art, wie Probleme am Arbeitsplatz gelöst werden bis zu den Protesten gegen die Einschränkung der Rechte und Leben von Frauen, sowie alle anderen Kämpfe. Dabei dürfen wir nicht nur einzelne Ziele im Sinn haben, sondern müssen einen umfassenden Wandel anstreben.

Das ist nicht nur schöne Theorie, die in der Praxis wertlos ist. Im Gegenteil – dieser Ansatz kann etwas bewirken. Und viele Organisationen, welche in solchen Kämpfen

aktiv sind, könnten das bestätigen. Jedoch dürfen wir dabei nicht die wichtige Tatsache verdrängen: Soziale Kämpfe können zwar verstärkt werden durch Prinzipien, wie die Ablehnung von Machtgefällen, sowie durch gegenseitige Hilfe und Solidarität. Aber diese Grundsätze entstehen auch in den Kämpfen selbst. Und dies ist die Quelle unserer Hoffnung, dass die Gesellschaft überleben wird.

Ökosysteme sind nur eines der Opfer von Kapital und Staat

Heute ist es mehr als je zuvor nötig, den Kapitalismus zu ersetzen durch eine Versorgung durch Produktion und Dienstleistungen ohne Gewinnstreben oder Lohnarbeit. Das sollte künftig bei unserem Nachdenken über den Klimawandel im Mittelpunkt stehen. Aber Kapital und Staat zerstören nicht nur die Natur, sondern auch unser Leben – Tag für Tag, auf der Arbeit und in unseren Beziehungen zu andern Menschen. Sie vergiften uns mit ihren Hierarchien und ihrer Macht.

Deshalb müssen wir uns organisieren, denn zusammen sind wir stärker und können mehr erreichen. Wir treffen unsere Entscheidungen auf gleichberechtigter Ebene, ohne staatliche Unterstützung. Außerhalb von Parlamenten oder Lokalpolitik und ohne von Unternehmen beeinflusst zu werden. Wir lösen unsere Konflikte am Arbeitsplatz selbst, aber wir kümmern uns auch um die Probleme durch die Klimakrise. Sogar auf internationaler Ebene innerhalb der „Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation“ ([IAA](#)).

Wir bilden uns selbst, wir kommunizieren, koordinieren und entdecken neue Arten des Kampfes gegen alle Formen von Herrschaft und Zerstörung. Und wir haben an den bisherigen Klimastreiks teilgenommen, sowie an den Protesten gegen das LNG-Terminal [für Flüssig-Erdgas] in Bratislava. Und wir werden uns auch wieder am Globalen Klimastreik beteiligen.

Wenn dich unser Ansatz anspricht, dann mach mit:

Arbeiter*innen-Solidaritätsgewerkschaft
„Priama Akcia“ („Direkte Aktion“), Slowakische Sektion der
*Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation (IAA)*

Quelle: <https://www.priamaakcia.sk>

SPANIEN

Arbeitsmarktreform und Ausbeutung

Die CNT-IAA kämpft weiterhin gegen die Versuche der herrschenden Klassen, die Rechte der Arbeiter*innen weiter einzuschränken. In Katalonien wurden daher mehrere Protestaktionen gegen die kapitalistische Reformpolitik organisiert, darunter auch eine Demonstration in Barcelona. Die Anarchosyndikalist*innen rufen nun dazu auf, sich gemeinsam mit einem Generalstreik gegen diese Angriffe zur Wehr zu setzen.

Denn das Bündnis zwischen der Regierung, den Arbeitgeber*innen und ihren willigen, gelben Gewerkschaften möchte die bisherigen Ausnahmeregelungen zum Alltag werden lassen. Die Arbeiter*innen werden nur Nachteile haben von dieser Gesetzesreform, welche ihre Bedingungen durch befristete Verträge und niedrige Löhne weiter verschlechtert. Anstatt die Bezahlung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen, soll künftig die jeweils unterste Lohngruppe einer Branche der Maßstab für alle Unternehmen sein.

Steigende Ausgaben für Strom, Lebensmittel, Mobilität und Wohnraum können von der Bevölkerung daher immer weniger bezahlt werden und „Armut trotz Arbeit“ breitet sich weiter aus. Hinzu kommen lebensgefährliche Gesundheitsgefahren, vor allem durch fehlende Persönliche Schutzausrüstung (PSA), beschädigte Maschinen oder einen häufigen Kontakt mit Kund*innen bei andauernder Pandemie.

Der Staat erfüllt dabei die Aufgabe, zwischen Kapital und Arbeit zu vermitteln und Gesetze zu erlassen, um die Gewinne der Unternehmer*innen zu schützen. Das Arbeitsrecht dient daher schon immer dem Zweck, die Arbeitskämpfe einzuschränken: Durch Aufspaltung nach bürokratischen Branchenregelungen und Unterteilung in Betriebsbelegschaften mit bezahlten Gewerkschaftsvertreter*innen. Diese werden ja nicht in Vollversammlungen als Delegierte mit Mandaten versehen, sondern können nach den Betriebsratswahlen freigestellt werden und nach eigenem Willen handeln – oder auch nichts tun.

Die Arbeitgeber*innen finden jedoch immer Wege, wie sie ungestraft selbst die lockersten Gesetze noch umgehen können. Denn auf Beschwerden und Forderungen der Belegschaft können sie jederzeit mit Entlassungen reagieren, welche erst in langwierigen Gerichtsverfahren angefochten werden können. Und falls der angebliche Gesellschaftskonsens an solchen Widersprüchen zerbrechen sollte und die überhöhten Geldstrafen niemand mehr vom wilden Streik abschrecken, können die Arbeitgeber*innen jederzeit ihre Sicherheitskräfte mit Knüppeln, Tränengas und Räumpanzern losschicken, wie kürzlich bei den Barrikadenkämpfen in Cádiz

Angesichts dessen erteilt die CNT-IAA in Katalonien auch dieser Arbeitsmarktreform eine klare Absage. Sie fordert darüber hinaus die vollständige Rücknahme der Reform von 2012, sowie die Abschaffung von Leiharbeit, Subunternehmen und Überstunden. Auch sollte das Management nicht nach eigenen Vorstellungen die Arbeiter*innen einfach so entlassen dürfen. Auf die angeblich „fortschrittliche“ Regionalregierung setzt die Basisgewerkschaft jedoch keinerlei Hoffnungen. Denn die Ausbeutung kann nicht im Parlament gestoppt werden, sondern wenn die Arbeiter*innen mit direkten Aktionen, wie Boykott, Streik und Sabotage, nachhaltig wirtschaftlichen Druck ausüben.

Die Geschichte unser Kämpfe und der praktische Widerstand im Alltag lehren, dass wir Arbeiter*innen nur uns selbst vertrauen können, um zu verteidigen, was uns gehört. Kein hinter verschlossenen Türen verhandeltes Abkommen kann das erreichen, was auf der Straße kollektiv erkämpft wird.

Durch die Organisation von Betriebsversammlungen an jedem Arbeitsplatz können wir überall die Saat der Revolution gedeihen lassen, damit eine neue Welt möglich wird, die auf der Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen aufbaut. Dabei geht es auch darum, sich nicht vereinzelt von der Angst vor einer Verschlechterung lähmen zu lassen, sondern die Wut darüber in gemeinsames Handeln umzusetzen.

Daher führt die CNT-IAA ihre Arbeitskämpfe weiterhin selbstbestimmt und an der Basis, wie zuletzt in Madrid beim IT-Dienstleister NETCheck. Dort wurden bereits mehre Protestkundgebungen durchgeführt, um auf die Entlassung des Gewerkschaftsdelegierten Enrique auf-

merksam zu machen. Dieser hatte sich jahrelang für seine Kolleg*innen eingesetzt, damit alle ihr Recht auf geregelte Arbeitszeiten und Urlaub wahrnehmen können. Auch gegen geschlechtliche Diskriminierung im Unternehmen war Enrique stets aktiv, bis er wegen seiner Gewerkschaftsarbeit dann selbst schikaniert, unterdrückt und gefeuert wurde.

Die CNT-IAA Madrid fordert daher die unverzügliche Wiedereinstellung des entlassenen Genossen und die Zahlung der ausstehenden Löhne. Das Unternehmen solle zudem seine aggressive Gewerkschaftsfeindlichkeit beenden und die unfähige Betriebsleitung müsse abgesetzt werden.

Trotz Drohkulisse durch die Polizei und einen privaten Sicherheitsdienst, wurden seit Ende 2021 bisher zwei Kundgebungen in Madrid organisiert. Dabei wird auch versucht auf das spanische Straßenverkehrsamt DGT Druck auszuüben, damit es keine öffentlichen Aufträge mehr an diesen ausbeuterischen Computer-Dienstleister vergibt. Denn der Kampf gegen NETCheck hat gerade erst begonnen.

Quellen:

<https://www.cnt-ait.org>

<https://sovmadrid.org>

ÖSTERREICH

Gegen Ausbeutung bei der Wiener Secession

Folgender Aufruf erschien auf der WAS-Webseite:

„Alle Geringfügig Beschäftigte der Secession aus dem Bereich Kassa/Aufsicht/Shop haben sich zusammengeschlossen, da die Arbeitsbedingungen dort schon lange nicht mehr zumutbar sind. Seit Wochen verhandelt das WAS mit der Geschäftsführung, die in wesentlichen Punkten jetzt aber auf Stur geschalten hat.

Wir rufen deshalb zu einer Kundgebung gegen Ausbeutung, Lohnraub und die Verletzung von Arbeitsrecht vor der Wiener Secession auf. Am Freitag, den 19. November pünktlich um 18.30 Uhr, Friedrich-

straße 12, 1010 Wien, während der Eröffnung der neuen Ausstellung.

Die Wiener Secession, welche allein durch Ihre Eintrittsgelder und Museumsshopeinkäufe an einem einzigen durchschnittlichen Samstag an die 4500 Euro einnimmt, die von Österreichs vermutlich größtem Kreditinstitut, der Ersten Bank, einer seitenlangen Liste von Mitgliedern und FörderInnen, und nicht zuletzt der Arbeiterkammer höchstselbst finanziert wird, hält es für notwendig ihren Arbeitskräften die Löhne vorzuenthalten.

Seit dem ersten Lockdown im März 2020 schreiben die Geringfügig Beschäftigten der Bereiche Kassa/ Aufsicht/ Shop mit jedem Mal, wenn die Regierung eine Schließung des Museums veranlasst, sogenannte „Minusstunden“ für die Zeit, in der sie entsprechend nicht zur Arbeit erscheinen konnten. Nachdem der gesamte(!) Jahresurlaub sowie angehäuften Zeitguthaben von bis zu über 100 Stunden von den Lockdowns gefressen wurden, wurden die Geringfügigen also von der Secession zum ‚Nacharbeiten‘ dieser Stunden verpflichtet. Bei manchen der Geringfügigen führte das zu Monaten mit an die 70 Stunden Monats-Arbeitszeit – bei einem Gehalt von nicht einmal 450 Euro im Monat.

Zur Info: es gibt für angeordnete Minusstunden keine Rechtsgrundlage, sprich sie sind illegal. Genauso wie es illegal ist, einen vollständigen Jahresurlaubsanspruch für einen Krisenfall einzuziehen oder überhaupt erst Zeitguthaben von über Hundert Stunden anzuhäufen ohne dass diese je ausbezahlt oder in Freizeit abgebaut werden würden.

Aber das Ganze hat – und hatte auch vor der Pandemie bereits – System. Begründet wurde diese gesetzeswidrige Ausbeutung Anfang 2020 damit, man habe ‚Arbeitsplätze retten wollen‘. Tatsächlich aber wurden dennoch Mitarbeitende gekündigt, plus eine Vollzeitstelle durch weitere prekäre Geringfügige ersetzt. Weiters sind die Stellen im Bereich Kassa/ Aufsicht/ Shop vor – wie nach – der Pandemie dermaßen chronisch unterbesetzt geblieben, dass es im Haus als normal und notwendig gilt, Angestellte in Krankheitsfällen aus dem Urlaub zu holen oder selbst kranke Angestellte dazu anzuhalten, sich um den eigenen Ersatz zu kümmern, um krank sein zu dürfen.

In anderen Worten also: Die Wiener Secession, über oben genannte Einkommensquellen verfügend und während des Krisenjahres staatlich unterstützt, fand sich nicht bloß schlau dabei, die Folgen der Pandemie an den einerseits schwächsten, andererseits kapitalerträglichsten (Kassa und Shop machen ca. die Hälfte der Einnahmen aus) und dem höchsten Infektionsrisiko ausgesetzten Angestellten auszulassen. Sie fand sich außerdem noch viel schlauer, als sie sich selbst, den betroffenen Angestellten, und schließlich der Öffentlichkeit das Ganze auch noch als Gefallen verkaufte.

Das Motto der Secession: ‚Der Zeit ihre Kunst/ Der Kunst ihre Freiheit‘ ist hinsichtlich der Monate an Lebenszeit, die diese Institution ihren Angestellten gestohlen hat, blanker Zynismus. Das kuratorische Profil des Hauses, gleich dem ‚Moria‘-Banner über dem Haupteingang vom Mai 2020 – nichts als buchstäbliche Fassade.

Die Secession, die sich mit Rückgriff auf ihre Geschichte gerne alternativ und gegen Bürgerlichkeit und Konservatismus inszeniert, hat bis auf die Bestätigung des Klischees, Bildende Kunst interessiere sich bloß für Reiche, alles verraten, für das ihre Exponate stehen sollen.

Es ist für uns als herrschaftsfreie Gewerkschaft klar, dass diese Zustände unannehmbar sind. Noch dazu, weil die Secession bisher auf stur schaltet und nicht einmal die gesetzlich gedeckten Ansprüche der Geringfügig Beschäftigten vollumfänglich erfüllen will.

Unsere erste Kundgebung vor der Wiener Secession findet während der Eröffnung der neuen Ausstellung statt. Viele Wichtigmenschen aus Kunst und Kultur werden anwesend sein, und es handelt sich um die erste Ausstellungseröffnung unter dem neuen Vorstand. Wir nehmen die fortwährenden Ausbeutung der Schwächsten durch den Kunstmarkt nicht hin, speziell wenn nicht einmal die eigenen gesetzlichen Minimalstandards eingehalten werden. Wir fordern alle klassenbewussten ArbeiterInnen auf, uns zu unterstützen!

Ein Angriff auf Eine ist ein Angriff auf alle!

Es gibt zusätzlich auch die Möglichkeiten, telefonisch gegen die Ausbeutung in der Secession zu protestieren: Von Montag bis Freitag von 10-17 Uhr sind die Geschäftsführung unter der Nummer +43-1-587 53 07-

24 sowie ihre Assistenz unter der Nummer +43-1-587 53 07-11 persönlich zu erreichen.

Hinweis: Die Kundgebung findet auch statt, falls es zuvor zu einer Einigung kommt, dann als Feier-Kundgebung und mit Verbreitung der Information, dass es zu einer Einigung gekommen ist.“

Quelle: <https://wiensyndikat.wordpress.com>

SLOWAKEI

Lohnzahlung durchgesetzt

Die Basisgewerkschaft [Priama Akcia](#) („Direkte Aktion“) feiert erneut einen schnellen Erfolg im Arbeitskampf um ausstehende Löhne:

„Dies war unser schnellster Sieg bisher. Es hat nur acht Tage gedauert von der gemeinsamen Überreichung eines Forderungsschreibens einer ehemaligen medizinischen Mitarbeiterin einer Tierklinik bis zum Eintreffen des Geldes auf ihrem Konto. Genauso wie bei einem Fall aus dem Jahr 2019, waren wir erfolgreich bevor der Konflikt die offene Phase erreicht hatte, da der Chef den ausstehenden Betrag innerhalb der gesetzten Frist überwiesen hat.

Wir danken allen Leuten, die die Arbeiterin bei der Briefübergabe unterstützt haben und sich der geplanten Solidaritätskampagne anschließen wollten! In diesem Bericht findet ihr mehr Informationen über den Konflikt und ein Interview mit der Arbeiterin. [...]

Lucia hat als Ärztin in der Tierklinik gearbeitet. Der Lohn für ihre Arbeit wurde auf Grundlage eines Mandatsvertrages. Ein Teil ihres ‚Gehalts‘ wurde durch eine Rechnung beglichen, die sie mit einem fest vereinbarten Betrag von 700 EUR monatlich gestellt hat. Der andere Teil bestand aus einer Summe für verschiedene Aufgaben, wie Futtermittelverkauf oder Nachtschichten, für welche sie eine Sonderzahlung bekommen hat.

Die Probleme mit dem Arbeitgeber (genauer gesagt: dem Mandator) fingen im September an, als sie eigentlich das Geld für August bekommen sollte, was auch ihr letzter Monat in dem Unternehmen war. Nach Angaben des Managers gab es sogar zwei Gründe für die Nicht-

Zahlung. Der erste war, dass einige Gegenstände aus der Firma nicht zurückgegeben habe (z.B. Schlüssel oder ein Stempel). [...]

Eine weitere Schwierigkeit tauchte am 1. Oktober auf, nachdem sie bereits alle Betriebsmittel zurückgegeben hatte und eigentlich nichts mehr der säumigen Zahlung im Wege stand. Der Manager behauptete plötzlich, Lucia habe noch einen anteiligen Betrag für die Arbeitskleidung zu zahlen, ohne überhaupt zu belegen, wie dieser berechnet wurde. Lucia hatte dann letzten Monat die Nase voll davon und nahm am 07. Oktober Kontakt zu unserer Gewerkschaft auf. [...]

Kollektive Übergabe des Forderungsschreibens

Wir wollten den Brief der verantwortlichen Person übergeben, also dem Geschäftsführer. Da dieser ebenfalls als Veterinärmediziner in dem Betrieb arbeitet, was es nicht ganz sicher, dass wir ihn während der Arbeitszeit antreffen würden. Daher sicherten wir uns ab, indem eine Person sich als Kund*in ausgab und einen Termin für Montagabend vereinbarte. Genau in diesem Moment gingen wir und andere Unterstützer*innen gemeinsam mit Lucia in die Tierklinik. [...]

Die Sprechstundenhilfe kam zurück mit der Botschaft, dass Lucia entweder allein zu ihm hineingehen oder den Manager am nächsten Morgen aufsuchen könne. Dieses ‚unschlüssige‘ Verhalten des Managers amüsierte uns alle und nachdem wir den Brief an die Sprechstundenhilfe übergeben hatten, verließen wir das Krankenhaus guter Laune. Damit begann die 8-tägige Frist (bis 02. November 2021) für die Zahlung der Beträge, nach welcher wir geplant hatten, den Konflikt öffentlich auszutragen.

[...] am 28. Oktober wurde eine Rechnung an die Firma geschickt mit dem ausstehenden Betrag von 441,50 EUR. Die Frist für die Begleichung blieb der 02. November und das Unternehmen kam dem nach. Lucia erhielt am gleichen Tag das ganze Geld. Nach längerer individueller Kommunikation mit der Firma brauchte es also nur eine Gemeinschaftsaktion mit Androhung eines Arbeitskampfes und wir hatten blitzschnell eine Lösung des Problems.

Wir sind erfreut, wie schnell der Betrag ausgezahlt wurde, aber egal ob die Konflikte kurz oder lang sind, bieten sie doch immer die Möglichkeit, die gegenseitige Hilfe zwischen Arbeiter*innen zu lernen. Dies zeigt mal wieder,

dass wir zusammenhalten müssen, wenn wir etwas erreichen wollen. Und es zeigt, dass wir es schaffen können.“

Quelle: <https://www.iwa-ait.org>

KASACHSTAN

Solidarität mit den Protesten

*Folgende Stellungnahme der anarchosyndikalistischen KRAS-IAA aus Russland zu den Ereignissen in Kasachstan wurde vom [Wiener Arbeiter*innen-Syndikat](#) übersetzt:*

„Wir, die AnarchosyndikalistInnen und AnarchistInnen Russlands, bekunden unsere volle und uneingeschränkte Solidarität mit dem sozialen Protest der Werktätigen Kasachstans und senden ihnen unsere Grüße als GenossInnen!

Die gegenwärtige Explosion des sozialen Proteste in Kasachstan, eine der Herausragendsten und Größten seit Beginn des neuen Jahrhunderts, ist der Höhepunkt der Streikwelle von ÖlarbeiterInnen und ArbeiterInnen aus weiteren Industrien im Land, die seit dem letzten Sommer nicht mehr aufgehört hat.

Die arbeitende Bevölkerung Kasachstans erholte sich allmählich von dem schrecklichen Massaker an den ProletarierInnen, das 2011 vom diktatorischen Regime Nasarbajews veranstaltet wurde, und begann, konsequent höhere Löhne und die Möglichkeit zur Gründung von Gewerkschaften und anderen ArbeiterInnenvereinigungen zu fordern. Die Armut der Mehrheit der Bevölkerung, die grausame Ausbeutung der Arbeitskraft, der Anstieg der Preise, die tägliche Unterdrückung und der Mangel an Rechten machten die Lage der arbeitenden Menschen unerträglich und zwangen sie, sich zu Protestaktionen zu erheben.

Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war die Entlassung von Zehntausenden von ÖlarbeiterInnen im Dezember 2021, die Einführung einer ‚Gesundheits‘-Diktatur unter dem Vorwand der ‚Bekämpfung der Pandemie‘ und eine drakonische Erhöhung der Gaspreise. Am 3. Jänner [03.01.2022] begann in der Region Mangghystau ein Generalstreik der ArbeiterInnen, der bald auf andere Regionen des Landes übergriff. In der

ehemaligen Hauptstadt Kasachstans, Almaty, kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und Repressionskräften; es gibt Dutzende oder sogar Hunderte von Toten und Verletzten.

Während der Proteste begingen benachteiligte Menschen, vor allem junge Arbeitslose und BinnenmigrantInnen, Akte der kollektiven Enteignung und zerstörten viele große Einkaufszentren, Geschäfte und Bankfilialen. In einer Reihe von Fällen weigerten sich die Truppen, das Feuer auf die Aufständischen zu eröffnen.

Die Proteste im Land sind spontan und unkoordiniert, weshalb die TeilnehmerInnen eine Vielzahl von – oft widersprüchlichen – Parolen und Forderungen vorbringen. Wir unterstützen vor allem diejenigen, die eine eindeutig soziale Ausrichtung haben und den Streik und den Aufstand in Kasachstan deutlich von den zahlreichen wahl-taktischen Protesten und politischen Putschen der letzten Jahre unterscheiden.

Folgende Forderungen wurden auf den Protestkundgebungen und in den sozialen Netzwerken verbreitet: Rücknahme der Gaspreiserhöhung, die Erhöhung der Löhne um 100 %, die Rücknahme der Erhöhung des Renteneintrittsalters, die Ergreifung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Abschaffung der Impfpflicht gegen COVID-19, der Lockdowns und der diskriminierenden Segregationsmaßnahmen, usw.

Um die soziale Revolte zu beenden und Zeit zu gewinnen, sah sich das verängstigte Regime gezwungen, Zugeständnisse zu machen: Eine Senkung der Gaspreise zu verkünden, die Preise für ‚sozial wichtige‘ Güter für 180 Tage einzufrieren, die Regierung zu entlassen und den De Facto-Diktator, den Milliardär Nasarbajew, vom Posten des Vorsitzenden des Sicherheitsrates von Kasachstan zu entfernen. Doch all dies half nicht.

Die westlichen Ölgesellschaften verlangten mit Nachdruck, dass Präsident Tokajew die kapitalistische Ordnung wiederherstellt. Die Machthaber des Landes verhängten den Ausnahmezustand und Ausgangssperren, verboten Kundgebungen und Streiks und gingen mit Strafmaßnahmen gegen DemonstrantInnen und Aufständische vor, wobei Ströme von Blut vergossen und Tausende von Menschen verhaftet wurden.

Auf Ersuchen des kasachischen Regimes werden Truppen aus einer Reihe von Ländern des militärisch-politischen Blocks unter Führung der Russischen Föderation ins Land gebracht, um die sozialen Proteste zu unterdrücken.

Sie sollen die Rolle eines Gendarmen für das Weltkapital erfüllen und die Flammen der sozialen Rebellion niederschlagen, damit ihr Beispiel, ihre Slogans und Forderungen nicht auf andere Länder übergreifen, erfasst von ArbeiterInnenstreiks und Massenprotesten gegen die weit verbreitete ‚Gesundheits‘-Diktatur und ihre Apartheid.

Wir, die russischen AnarchosyndikalistInnen und AnarchistInnen, verurteilen jede Unterdrückung der sozialen Proteste der arbeitenden Bevölkerung Kasachstans und die schändliche konterrevolutionäre ausländische Intervention unter Führung des Kremls auf das Schärfste.

Wir verurteilen alle Versuche von PolitikerInnen jeglicher Couleur den sozialen Protest der kasachischen ArbeiterInnen zu nutzen, um selbst an die Spitze der Macht zu gelangen und das Eigentum zu ihren Gunsten umzuverteilen.

Wir stehen fest entschlossen und ohne das geringste Zögern auf der Seite der gegenwärtigen sozialen Revolte in Kasachstan und rufen die Werktätigen Russlands und der ganzen Welt auf, sich mit ihr praktisch zu solidarisieren.

Für die Erfüllung der sozialen Forderungen der ArbeiterInnen Kasachstans!

Schluss mit der Unterdrückung der Proteste und der Repression gegen ihre TeilnehmerInnen!

Freiheit für alle verhafteten DemonstrantInnen!

Keine ausländische Intervention!

Schande über die InterventionistInnen!

Anarchistische Initiative StopTotalControl

Informationskommission der KRAS, IWA-Sektion in der Region Russland“

Quelle: <https://iwa-ait.org>

SUDAN

Widerstand gegen Militärputsch

Die zivilen Massenproteste gegen das Militärregime in der nordost-afrikanischen Republik gehen trotz extremer Repression auch nach dem Rücktritt des umstrittenen Premierministers Hamdok weiter. Als beispielsweise Ende Dezember 2021 die Widerstandsbewegung zu einem Marsch auf die Hauptstadt Khartoum aufgerufen hatte, schoss die Polizei mit Tränengas und scharfer Munition in die Menschenmenge und jagte die Demonstrant*innen mit MG-Pickups. Hunderte wurden verletzt und es gab mindestens vier Tote und zahlreiche Vermisste.

Auch Anarchist*innen im Sudan haben seit Beginn an der Bewegung gegen die Militärherrschaft teilgenommen, vor allem in nachbarschaftlich organisierten Widerstandskomitees. Sie benötigen dringend Solidarität! Die französische Basisgewerkschaft [CNT-IAA](#) hat nun einen Aufruf veröffentlicht, Protestbriefe an sudanesishe Botschaften zu schicken:

*„Solidarität mit dem Aufstand im Sudan!
Weg mit der Militärherrschaft! Es lebe die Revolution!“*

Quelle: <http://cnt-ait.info>

+++ Lokale Berichte +++

KÖLN

Protest gegen Impfgegner*innen-Demos

Nachdem monatelang in Köln die Gegner*innen von Covid-Schutzmaßnahmen unter Führung rechter Veranstalter*innen und gemeinsam mit AfD-Mitgliedern und Nazi-Hooligans meist unwidersprochen mehrmals wöchentlich durch die Innenstadt gezogen sind, mehrten sich seit Anfang 2022 antifaschistische Gegendemonstrationen. Damit die „Querdenken-Spaziergänge“ mit ihren antisemitischen Verschwörungsmethoden und rechtspopulistischen Parolen nicht unwidersprochen bleiben, versammeln sich jetzt regelmäßig montags hunderte Demon-

strant*innen um 18 Uhr auf dem Neumarkt zu der vom Bündnis [„Köln ist solidarisch“](#) angemeldeten Gegenkundgebung (https://twitter.com/Kis_Initiative). Aber auch in Stadtteilen, wie Porz oder Nippes, regt sich vermehrt Widerstand gegen die rechtspopulistischen Hetzkampagnen mit ihrem rücksichtslosen Egoismus der bürgerlichen Individuen. Um auf diesen Protesten über alternative Maßnahmen im Sinne einer Niedriginzidenz-Strategie in der Corona-Krise zu informieren, verteilen wir dort die [Zero Covid-Kampagnenzeitung](#) (<https://zero-covid.org>).

Als Basisgewerkschafter*innen fordern wir beispielsweise eine Aufwertung der Pflegearbeit, den Erhalt von Krankenhäusern, eine globale Freigabe der Impfpatente, sowie angemessenen Wohnraum auch für Obdachlose und Geflüchtete. Daher haben wir am 29.01. an der Protestkundgebung in Köln-Mülheim teilgenommen, die sich gegen die „Querdenken“-Demo von „Köln ist aktiv“ auf dem Wiener Platz richtete.

Angesichts der momentanen Masseninfektionen durch die Omikron-Variante, welche die Regierung mit ihrer Durchseuchungspolitik noch verstärkt, und der drohenden Long-Covid-Welle durch unabsehbare Folgeerkrankungen fordern wir weiterhin, über einen Generalstreik in allen Bereichen von Produktion und Dienstleistung nachzudenken, um die Ansteckungsgefahr am Arbeitsplatz (und im täglichen Nahverkehr) endlich auf Null zu reduzieren: Kapitalismus herunterfahren!

Linktipp:

PLOTTER - Terminkalender für Köln
<https://plotter.infoladen.de>

Anarchosyndikalistisches Netzwerk - ASN Köln

asn-koeln@riseup.net
<https://asnkoeln.wordpress.com>
<https://anarchosyndikalismus.blackblogs.org>

CreativeCommons: BY-NC

ViSDP: Rudolf Rocker, Heumarkt 68, 50128 Köln